

in öffentlicher Sitzung erfolgen. Stimmt jemand gegen diese Überweisung? – Enthaltungen? – Das ist beides nicht der Fall. Dann haben wir so beschlossen.

Ich rufe auf:

12 Das „Leistungsschutzrecht für Presseverleger“ ist ein Schuss in den Ofen. „Leistungsschutzrecht für Presseverleger“ jetzt abschaffen!

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/7149

Eine Aussprache ist heute nicht vorgesehen. Deshalb kommen wir unmittelbar zur Abstimmung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrages Drucksache 16/7149** an den **Ausschuss für Kultur und Medien** – federführend – sowie in der Mitberatung an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk**. Aussprache und Abstimmung sollen nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses dann hier im Plenum erfolgen. Stimmt jemand gegen die Überweisung? – Enthält sich jemand? – Beides ist nicht der Fall. Dann haben wir so beschlossen.

Ich rufe auf:

13 Den wertvollen Beitrag der Kleingärtner für Gesellschaft, Gesundheit und Naturschutz würdigen und angemessen fördern

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/7154

Alle Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, heute keine Aussprache zu führen. Entsprechend der getroffenen Verständigung sollen Aussprache und Abstimmung nach Vorlage der Beschlussempfehlung erfolgen.

Deshalb **überweisen** wir, sofern Sie dem zustimmen, den **Antrag Drucksache 16/7154** an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**. Ist jemand dagegen? – Enthaltungen? – Beides ist nicht der Fall. Dann sind wir auch in diesem Fall so verfahren.

Ich rufe auf:

14 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Nachtragshaushaltsgesetz 2014)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6700

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/7180

dritte Lesung

Ich eröffne die Aussprache, und für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Hahnen das Wort.

Uli Hahnen^{*)} (SPD): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Armer Herr Dr. Optendrenk, heute sitzen Sie ganz alleine in Ihrer Reihe und halten die Fahne der CDU hoch. Ihnen ergeht es heute so wie mir gestern, als ich alleine in meiner Reihe saß.

Sie werden sich sicherlich noch an die Diskussion gestern erinnern, die uns gezeigt hat, meine Damen und Herren, dass die Opposition Dilettantismus an den Tag gelegt hat. Sie wehren sich als Opposition gegen Mehreinnahmen des Landes. Das haben wir gestern beim Thema „Grunderwerbsteuer“ erlebt, welche eine der wenigen Möglichkeiten ist, mit der das Land selbst die Einnahmesituation verbessern kann. Sie wehren sich auf Bundesebene gegen Steuergerechtigkeit; ich erwähne den Spitzensteuersatz, die Erbschaftsteuer und die Vermögensteuer. Und Sie erhöhen auch nicht Ihre Anstrengungen auf der Ausgabenseite.

Die einzigen Vorschläge, die von Ihnen kommen, sind Studiengebühren und das beitragsfreie Kitajahr. Beides wollen Sie wieder einführen. Meine Damen und Herren, ich stelle fest: Bildung, Jugend und Familie haben bei der Opposition keinen wirklichen Stellenwert.

Sie schlagen weiterhin vor, dass man beim Personal sparen müsse, fordern aber gleichzeitig neue Stellen bei der Polizei, für Lehrer, für Finanzbeamte und in der Justiz. Dieser Widerspruch ist unglaublich, und daher sind Sie auch nicht ernst zu nehmen.

Meine Damen und Herren, es ist schon erstaunlich, welche Argumente Sie auch gestern in der zweiten Lesung gebracht haben. Der Kollege Witzel hat gestern herumschwadroniert, dass die Landesregierung die Schuldenbremse offensichtlich nicht einhalten und einen Verfassungsbruch in Kauf nehmen wolle. Dazu sage ich Ihnen: Nehmen Sie Abstand vom Glaskugellesen, packen Sie sich an die eigene Nase, und zählen Sie einmal die unzähligen Verfassungsbrüche, die in nur fünf Jahren schwarz-gelber Regierungszeit zu vermelden waren.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Wie kann man denn unzählige Brüche zählen? Was ist das denn für ein Quatsch!)

Ich glaube, da sind wir auf einem richtigeren Weg.

Ehrlich gesagt, Herr Dr. Optendrenk, hätte ich von Ihnen gestern etwas mehr an Inhalten erwartet

(Ralf Witzel [FDP]: Kommen Sie doch mal zu den Inhalten!)

als nur Allgemeinplätze wie – ich zitiere – „Murks“ und „Mist“.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Dann sagen Sie das mal Herrn Groschek!)

Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, kritisieren die Neuverschuldung, bringen aber keine Verbesserungsvorschläge. Sie bringen nichts Konkretes auf der Einnahmeseite, sondern werfen mit Nebelkerzen. Sie bringen auch nichts Konkretes oder Nachhaltiges auf der Ausgabenseite. Deshalb sind Sie auf den Bänken der Opposition bestens untergebracht und werden dort auch noch lange verweilen dürfen.

(Robert Stein [fraktionslos]: Hochmut kommt vor dem Fall!)

Ich sage Ihnen: Die die Landesregierung tragenden Fraktionen sind auf einem guten Weg, um einen Konsolidierungskurs zu finden.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Wir investieren in Kinder, Bildung und Vorbeugung. – Ich weiß, dass Sie das nicht interessiert

(Bernd Krückel [CDU]: Ihre Fraktion interessiert das auch nicht!)

und Sie lieber mit Ihrem Nachbarn schwatzen. Daher sage ich es Ihnen noch einmal: Wir investieren in Kinder, in Bildung und in Vorbeugung.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich bin schon ein wenig stolz darauf, dass die unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC in der Studie „Länderfinanzbenchmarking 2013“, die sie dieses Jahr durchgeführt hat, bestätigt, dass NRW zu den Ländern gehört, die die Schuldenbremse einhalten können, und ich sage Ihnen, dass wir sie einhalten werden. Mit der Feder des Nachtragshaushalts, aber auch des Haushaltsentwurfes 2015 haben wir das deutlich dargelegt. Das ist gut für NRW. Das ist gut für die Menschen unseres Landes.

Ich freue mich jetzt auf Ihre Worte, Herr Dr. Optendrenk, nachdem Sie jetzt auch Unterstützung von links und rechts in Ihrer Reihe gefunden haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Hahnen. – Wie schon von Herrn Hahnen angekündigt, hat jetzt Herr Dr. Optendrenk für die CDU das Wort.

(Dirk Wedel [FDP]: Das zum Thema „Schwadronieren“!)

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt einen kleinen Ausschnitt aus Ulrich Hahnens Zeugniskonferenz gehört.

(Beifall von der CDU)

Möglicherweise wäre es allerdings angemessener gewesen, nicht diejenigen mit irgendwelchen Schulnoten zu belegen, die erst ab 2017 wieder regieren.

(Beifall von der CDU, der FDP und Robert Stein [fraktionslos])

Es wäre vielleicht hilfreicher, sich in einer ehrlichen Bestandsaufnahme – wenn schon nicht morgens beim Kämmen vor dem eigenen Spiegel, so doch wenigstens bei der Politikbetrachtung – mit der Halbzeitbilanz der Haushalts- und Finanzpolitik zu beschäftigen.

Sie hätten auch die Arbeit Ihres Ministers etwas näher in den Blick nehmen können. Denn das, was Sie hier abliefern, hat in der Tat wenig mit sauberem Regierungshandeln zu tun.

Gestern hat die Ministerpräsidentin angekündigt, dass es bereits mit dem Finanzminister abgestimmt sei, dass man demnächst überplanmäßige Ausgaben beim Thema „Flüchtlingshilfe“ tätigen wolle; die Mehrausgaben stünden bereits fest.

Wenn Sie als Parlamentarier das Budgetrecht des Parlamentes hochhalten wollten – Sie haben gestern schon gesagt, dass Sie das nicht wollen –, dann wäre es wahrscheinlich besser gewesen, wenn wir über die Frage noch einmal hätten reden können, ob man die dritte Lesung des Nachtragshaushaltes 2014 nicht besser in den Dezember verschiebt, und man nicht die Frage, was denn ausgegeben wird, letztlich den Minister im Rahmen des Notbewilligungsrechtes überlässt. Herr Hahnen, ich glaube, das sollten Sie als Parlamentarier der Regierungskoalition ein bisschen ernster nehmen.

(Beifall von der CDU, der FDP und den PIRATEN – Zuruf von Uli Hahnen [SPD])

Das Zweite – damit haben Sie sich vorsätzlich nicht beschäftigt – ist, dass Sie die Grunderwerbsteuer nicht aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit, was sowieso eine Farce ist, erhöhen, sondern weil Sie das Loch, das Ihnen der Minister letzte Woche wegen des Schätzung des Bundesministers genannt hat, schon einmal für 2015 präventiv zumachen wollten. Dafür sollen dann die jungen Familien den entsprechenden Preis bezahlen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Bund, Länder und Gemeinden werden nach den Prognosen der Steuerschätzer von heute Nachmit-

tag bis 2018 21 Milliarden € weniger haben, die Bundesländer davon 10 Milliarden €. Wenn man die Zahlen mit den Steigerungsraten einmal herunterbricht, die wir bezogen auf die Länder haben, dann werden wir unschwer erkennen, dass die Planungen der Landesregierung für die Jahre 2016 bis 2018 viel zu optimistisch sind. Allein für 2018 ergibt sich eine Lücke von fast 2 Milliarden € auf der Steuereinnahmeseite.

Nordrhein-Westfalen hat in guten Jahren verpasst, strukturell zu konsolidieren – Sie haben nicht Schulden abgebaut, Sie haben nicht konsolidiert, Sie haben einen Schuldensockel verfestigt, etwa in der Größenordnung von 3 Milliarden € pro Jahr. Und jetzt kommen Sie davon auch nicht mehr herunter.

Beim Länderfinanzausgleich sagen Sie uns immer, wir würden das Land schlechtreden. Ich glaube, das Gegenteil ist der Fall. Wir möchten wirklich, dass Nordrhein-Westfalen auf der Wirtschafts- und der Steuereinnahmeseite so stark ist, dass wir Geberland sind, und nicht nur kommunikativ versuchen, irgendwie Geberland zu werden. Das ist nämlich wie im Fußball. Sie können eine schlechte Leistung und die fehlenden Punkte eine Zeit lang schönreden, aber auf Dauer reicht das nicht, denn entscheidend ist auf'm Platz. Und da fallen Sie in den Bereichen Wachstum und Steuereinnahmen leider immer weiter im Ländervergleich zurück.

Für mich bleibt der entscheidende Punkt: Nordrhein-Westfalen muss nicht nur kommunikativ Geberland sein. Entscheidend ist, dass unser Land ein wirtschaftlich so starkes Land ist, wie es das sein könnte, wenn es nicht überall gefesselt würde: vom Tarifreue- und Vergabegesetz über das Klimaschutzgesetz bis hin zu der Art, wie Sie in den letzten vier Jahren einen regelrechten Mehltau über das Land gelegt haben.

(Beifall von der CDU)

Das Problem des Landes bleibt diese Regierung. Und die muss man nicht einmal mehr schlechtreden. Sie ist einfach schlecht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Danke schön, Herr Dr. Optendrenk. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Optendrenk hat gesagt: Entscheidend ist auf'm Platz. – Dann gucken wir uns einmal den Platz von der CDU an. Die CDU hat ihre wunderschöne Broschüre „Haushaltssanierungskonzept 2013“ als erste Broschüre auf ihrer Homepage staffiert.

Wichtigster Vorschlag in diesem Konzept zur strukturellen Konsolidierung ist die Umsetzung des Schweizer Steuerabkommens. Das soll zu Mehr-

einnahmen für den Landeshaushalt von 569 Millionen € noch im Jahre 2013 und strukturell 116 Millionen € führen.

Ferner schlagen die Christdemokraten vor, dass man bei den Studiengebühren 250 Millionen € draufpacken soll, Kitagebühren 150 Millionen € und die schrittweise – das ist jetzt mein Lieblingsthema, liebe Kolleginnen und Kollegen – Kürzung von Förderprogrammen bis zu 20 %. Und da wir jetzt schon über den Haushalt 2015 reden – jetzt geht es um den Nachtrag 2014 –, müssten Sie – da bin ich auf den Kollegen Dr. Optendrenk gespannt – Kürzungsvorschläge im Bereich der Förderprogramme, also Kultur, Sport, offene Ganztagschule, in der Größenordnung von 350 Millionen € vorlegen.

Da bin ich einmal schwer gespannt, Herr Prof. Sternberg, wo Sie denn die 20 Millionen € – wahrscheinlich sind es noch mehr – realisieren wollen, oder ob Sie beim Landessportbund eine Kürzung von 12 Millionen € vorschlagen werden. Ich vermute nicht. Reden hier, auf dem Platz ins eigene Tor schießen: Das ist die Politik der CDU.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es kommt aber noch dicker. Die Homepage der CDU ist nämlich wunderschön. Auf der einen Seite spricht der Kollege Dr. Optendrenk in einem wunderschönen Videobeitrag, dass man Strukturen ändern müsste – er sagt natürlich an keiner Stelle wo –, und eine Zeile darunter ...

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

– Das geht ganz schnell.

... beschwert sich Frau von Boeselager nach einem Besuch der Eine-Welt-Gruppen in Köln, dass die böse Landesregierung, gespickt aus Rot und Grün, Kürzungen im Eine-Welt-Bereich vornehme.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielleicht sortieren Sie mal Ihre Homepage. Dann ist es für die Menschen nicht ganz so leicht, Ihre Politik zu durchschauen. Da könnten Sie vielleicht den einen oder anderen gewinnen, der ihre Nebelwerfereien ernst nimmt und der CDU nahesteht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aber es geht noch weiter: Sie beschwerten sich darüber, dass die Grunderwerbsteuer erhöht wird. Also müssten Sie in Ihrem Sanierungskonzept noch einmal 800 Millionen € gegen die entstandenen Mehrkosten gegenrechnen: 90 Millionen € Gegenfinanzierung bei den Kommunen, bei der Inklusion 300 Millionen €, bei den Kitas wollen Sie 450 Millionen € mehr ausgeben, und bei der kalten Progression sind es mindestens 400 Millionen €, und im Kulturbereich möchte Prof. Sternberg den Etat gerne verdoppeln – das sind dann noch einmal 150 Millionen € –.

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

– Herr Möbius, ich kann Ihnen für jedes meiner jetzt vorgetragenen Zahlen Zitate liefern, im Gegensatz zu Ihren Vorhaltungen uns gegenüber.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Mostofizadeh, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Kollege Optendrenk würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Mehrdad Mostofizadeh^{*)} (GRÜNE): Ja, bitte.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Herr Kollege, ich stelle diese Zwischenfrage deshalb, weil ich glaube, dass es für die Debatte ganz schön wäre, wenn Sie uns vielleicht doch noch einmal sagen würden, was denn die Regierungskoalition mit dem Nachtragshaushalt erreichen will, anstatt sich permanent mit denen zu beschäftigen, die erst im Jahre 2017 wieder regieren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Mehrdad Mostofizadeh^{*)} (GRÜNE): Herr Kollege, wie ich gestern schon gesagt habe – ich habe gestern zu dem Sachverhalt vorgetragen –, bin ich der Auffassung, dass der Stammhaushalt in Ordnung ist. Ich habe auch gesagt, wo uns Welten trennen. Sie wollen nämlich bei Bildung, Umwelt und anderen Punkten kürzen, ohne konkrete Vorschläge zu haben. Wir halten den Stammhaushalt für richtig. Die beiden Punkte, die im Nachtragshaushalt zu regeln sind, sind zum einen die Frage der Steuereinnahmen und zum anderen die Frage der Besoldung. Auch dazu habe ich gestern Ausführungen gemacht. Wenn Sie zugehört hätten, wüssten Sie, worüber wir reden.

Ich möchte aber noch einen Punkt ansprechen, der mir an dieser Stelle wichtig ist. Der Kollege Lindner – übrigens habe ich vorhin in irgendeiner Zeitung gelesen, dass er 2017 gar nicht mehr mit die Landesregierung bilden möchte, sondern sein Ziel ist, in den Bundestag zu kommen; also haben wir auch da Klarheit – hat mir einen Vorwurf gemacht, als ich Herrn Witzel zugerufen habe, dass man zum Bürokratieabbau vielleicht einmal ein paar Fragen weniger stellen könnte. Daher möchte ich Ihnen einmal eine Kostprobe von Herrn Witzel geben, damit Sie sehen, warum ich diesen Zwischenruf gemacht habe.

Herr Witzel möchte für die nächste Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses gerne die bisherige Entwicklung mobiler Geräte jeweils jährlich für die letzten drei Jahre – 2012, 2013, 2014 – pro Ressort genannt bekommen. Es geht dabei um reine Mobiltelefone, Smartphones mit Internetzugang und portabler Mailfunktion sowie Tablet PCs, Notebook und Netbooks mit Internetzugang und Mailfunktion. Sind sie einerseits käuflich angeschafft oder andererseits in Miet- und Leasingmodellen für

den Dienstgebrauch bereitgestellt worden? Wie viele dieser so angeschafften Geräte – Kauf und Leasing – sind aktuell noch im Bestand? Was ist also die Gesamtzahl abzüglich Verkäufe und Rückgaben? Wie fallen die zahlenmäßigen Angaben für die beiden zuvor gestellten Fragen aus, wenn jeweils nicht der gesamte Ressortbereich betrachtet wird, sondern nur das Ministerium? Was sind also die Geräteanzahlen, die von der Gesamtmenge nur auf die obersten Landesbehörden entfallen?

So viel zum Bürokratieabbau der FDP!

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und Christian Möbius [CDU] – Reiner Priggen [GRÜNE]: Das kostet 20.000 €!)

Was wollen Sie mit der Antwort, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, außer dass das alles erhoben werden soll?

Eines kann ich Ihnen aber sagen, weil Sie das Tarif-treue- und Vergabegesetz immer so anprangern: Mir ist es sehr wohl wichtig, dass keine Grabsteine aus Kinderarbeit in Nordrhein-Westfalen in öffentlichen Haushalten gekauft werden. Deswegen nehme ich auch in Kauf, dass ein paar Stellen auf Landesebene dafür geschaffen worden sind.

Das unterscheidet uns. Sie meinen: Wenn die FDP fragt, ist das kein Bürokratieaufbau; aber wenn sich die Landesregierung systematisch um Grundsätze vernünftiger Vergabepolitik kümmert, ...

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Mehrdad Mostofizadeh^{*)} (GRÜNE): ... wird damit Bürokratie aufgebaut. – Das unterscheidet uns, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Wedel.

Dirk Wedel (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Mostofizadeh, welche Informationen wir als Abgeordnete von der Regierung für unsere Arbeit brauchen, sollten die Abgeordneten immer noch selber bestimmen – und nicht Sie für uns alle direkt mit.

(Beifall von der FDP)

Herr Kollege Hahnen, Sie haben hier wirklich zu allem Möglichen geredet – nur nicht zum Gegenstand des Tagesordnungspunkts.

(Zuruf: Richtig!)

Der heute zur Beschlussfassung vorliegende Nachtragshaushalt sieht eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme von rund 800 Millionen € vor. Grund hier-

für sind zum einen Mindereinnahmen wegen zu optimistischer Steueransätze des Finanzministers, die jedoch zum Teil von Mehreinnahmen aus dem Finanzausgleich abgedeckt werden. Zudem fallen Mehrausgaben bei der Beamtenbesoldung an.

Die Neufassung des Gesetzes zur Anpassung der Beamtenbezüge 2013/2014 wurde gestern intensiv diskutiert. Eine rechtzeitige Berücksichtigung der Ausgaben im ursprünglichen Haushaltsplan 2014 wäre möglich gewesen. Wegen der Mindereinnahmen stünden wir dann aber trotzdem hier und würden einen Nachtrag wegen fehlender Steuereinnahmen debattieren. Seriöse Finanzpolitik sieht anders aus.

Meine Damen und Herren, ich fasse mich deshalb kurz. Der Haushalt 2014 konnte wegen des eklatanten Mangels an Haushaltskonsolidierung von der FDP nur abgelehnt werden. Der Nachtrag zu diesem Haushalt verschlechtert die Situation noch. Deshalb lehnen wir natürlich auch den Nachtragshaushalt 2014 ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Wedel. – Für die Piraten spricht Herr Kollege Schulz.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer im Stream! Gestern hatte ich gesagt: Mal sehen, was sich bis heute ergibt. – Das Ei des Kolumbus steht nicht hier. Es hat sich also gegenüber gestern nichts Wesentliches verändert.

Allerdings berichtet die Presse heute über eine außerordentlich schlechte Halbzeitbilanz der Landesregierung – auch in haushalts- und finanzpolitischer Hinsicht. Das geht quer durch die gesamte Presselandschaft. Letztendlich wird das auch durch den uns vorliegenden und hier zur dritten Lesung anstehenden Nachtragshaushalt dokumentiert.

Es bleibt so, dass Löcher gestopft werden müssen – und zwar unabhängig davon, dass die Steuereinnahmen höher prognostiziert worden sind, als sie letztendlich ausgefallen sind. Ein ganz wichtiger Punkt, den der Kollege Hahnen auch nicht erwähnt hatte, ist sicherlich auch die von Herrn Wedel gerade angesprochene Tatsache, dass sowohl die Landesregierung als auch die regierungstragenden Fraktionen sich bei der Einbringung des Haushalts verkalkuliert hatten, nämlich um mindestens 700 Millionen €.

Ursprünglich waren nämlich 700 Millionen € in den Haushalt hineingeschrieben worden. Zu der ersten Lesung wurden die 700 Millionen € aber auf Kosten der Beamtinnen und Beamten wieder herausgestrichen. Und nicht nur das: Man hat entgegen einer

anderen Situation, zum Beispiel im Einzelplan 04, auch keine Rückstellung eingeplant, also überhaupt nichts in diese Richtung unternommen. Man hat auch keine entsprechende Verpflichtungsermächtigung eingestellt.

Obwohl bei der Anhörung zur Veränderung des Beamtenbesoldungsgesetzes, die am 18. Juni letzten Jahres stattgefunden hat, nahezu alle Sachverständigen – bis auf den Vertreter des Bundes der Steuerzahler – gesagt hatten, das sei ein verfassungswidriges Gesetz, hat man einen Verfassungsbruch mit Ansage in Kauf genommen. Was wir nun hier im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt tun, ist ein Strafnachsitzen auf Kosten des Verfassungsrechts.

(Beifall von den PIRATEN)

Jetzt darf man nicht annehmen, die Beamten seien schuld, weil sie das erstritten haben. Es ist auch nicht die Opposition schuld, die mit CDU, FDP und einigen Piraten vor den Verfassungsgerichtshof gezogen ist. Nein, es war eben jener Verfassungsbruch mit Ansage, der letztendlich rein betragsmäßig – wohlgemerkt: betragsmäßig – dazu führt, dass wir jetzt über einen Nachtragshaushalt von 800 Millionen € reden müssen.

Klarheit und Wahrheit zum rechten Zeitpunkt in Anerkennung dessen, was das Verfassungsrecht nun einmal maximal nur herzugeben in der Lage ist, wäre in einer der letzten Stunden des letzten Jahres bis zur Verabschiedung des Haushalts 2014 das Gebot der Stunde gewesen.

Wenn Kollege Mostofizadeh davon spricht, dass der Stammhaushalt okay sei und Rot-Grün dem deswegen zustimmen könne, dann muss man vor dem Hintergrund dieser Analyse sagen: Der Stammhaushalt war wenigstens um 700 Millionen € nicht okay.

Es bleibt also dabei: Das Ei des Kolumbus steht hier nicht. Es hat sich gegenüber gestern nichts verändert. Gestern hatte ich meiner Fraktion empfohlen, den Nachtragshaushalt abzulehnen. An dieser Empfehlung hat sich nichts geändert. Die Piraten werden den Nachtragshaushalt dementsprechend ablehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schulz. – Jetzt spricht der fraktionslose Abgeordnete Stein.

Robert Stein (fraktionslos): Sehr verehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestern wurde Bundeswirtschaftsminister Gabriel in der „BILD“-Zeitung zitiert. Er soll Folgendes gesagt haben – ich zitiere –:

„In Deutschland ist der Steuerspartrieb stärker ausgeprägt als der Sexualtrieb.“

Eine Aussage vom Wirtschaftsminister der Bundesrepublik Deutschland!

Ich finde, das lässt sich prima auf die Haushaltspolitik des Landes ummünzen. Bei Ihnen ist allerdings offensichtlich der Ausgabetrieb stärker ausgeprägt.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ihre Haushalts- und Finanzpolitik ist, so jedenfalls die Halbzeitbilanz, in allen Belangen gescheitert. Bis heute haben Sie kein schlüssiges Finanzkonzept präsentieren können, sei es, um strukturelle Einsparungen zu erreichen oder einen seriösen Abbaupfad zur Einhaltung der Schuldenbremse zu präsentieren, sei es, um die Beamten korrekt zu besolden – siehe die Niederlage vor dem Verfassungsgerichtshof, die unter anderem diesen Nachtragshaushalt erst notwendig gemacht hat –, oder sei es der Bereich der Steuern, die Sie jetzt notgedrungen infolge Ihrer verfehlten Konsolidierungspolitik erhöhen müssen. Das eine Kartenhaus fällt und reißt das nächste mit. Dass gerade diese Untätigkeit eine solche Kettenreaktion auslösen kann, hätte ich ehrlicherweise nie geglaubt.

Klar ist jetzt übrigens auch, wie das Wahlplakat der Grünen zur Landtagswahl 2012 gemeint gewesen sein muss, auf welchem Frau Löhrmann und Frau Kraft zusammen stolz posierten. Dort stand in großen Lettern geschrieben: „Schön, wenn Frauen wieder den Haushalt machen.“ Wie das wohl gemeint ist, ist nunmehr leider klar.

Ihre Konzeptlosigkeit mündet nun konsequenterweise in diesem Nachtragshaushalt und in der weiteren Folge in Steuererhöhungen – siehe Grunderwerbsteuer –, obwohl Sie, Herr Walter-Borjans, sich in dieser Angelegenheit lange gewunden haben, eigentlich bis zum Geht-nicht-mehr, nur um den Eindruck zu erwecken, die Erhöhung der Grunderwerbsteuer sei für Sie kein Thema. Und die geht nun zulasten der jungen Familien, Familien mit den Kindern, die Sie ja eigentlich nicht zurücklassen wollen. Aber augenscheinlich wollen Sie sie nur da nicht zurücklassen, wo es Ihnen gerade passt.

Ihre gesamte Politik ist in keiner Weise originär. Sie reagieren nur, wenn überhaupt, obwohl ich nicht einmal weiß, ob eine solche Politik der eingeschlafenen Füße – so möchte ich es einmal nennen – überhaupt auf etwas reagieren kann. Doch da gibt es natürlich auch eine Ausnahme, nämlich den gerade angesprochenen Bereich der Steuererhöhungen. Da sind Sie hellwach und immer vorne dabei. Wenn man blindlings alle Rekordeinnahmen bis zum letzten Cent verplant, dann darf man sich nicht wundern, wenn man für eigentlich Vorhersehbares keine Mittel mehr zur Verfügung hat.

Immer wieder lassen Sie Ihre Kartenhäuser einstürzen. Und dann machen Sie sich umgehend auch

noch selbst zum Opfer, um dem Ganzen die Krone aufzusetzen. Sie spielen geschickt das Unschuldslamm; das muss man Ihnen lassen.

Aber das mit der Opferrolle beherrschen Sie in der gesamten Regierung ganz gut: Frau Kraft ist das Opfer der Funklöcher, Herr Finanzminister ist Opfer der Beamten und des Länderfinanzausgleichs, Herr Duin, Sie sind bekanntlich Opfer der Grünen, Herr Remmel ist wiederum Opfer seiner Ideologie, und Herr Jäger – der schießt ja momentan den Vogel ab – ist – gewissermaßen das Pendant zum Film-Film – das Opfer-Opfer der plötzlichen Hooligangewalt und des furchtbaren Flüchtlingsheimskandals.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich lehne diesen Haushaltsentwurf ab und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Stein. – Für die Landesregierung spricht der Finanzminister.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich sehe mich doch zu ein paar Richtigstellungen genötigt.

Erstens. Der Spruch, dass der Sexualtrieb stärker ausgeprägt ist – nein –, dass der

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

Steuerspartrieb stärker ausgeprägt ist als der Sexualtrieb, ist mir schon aus Zeiten von Waigel bekannt. Das hat Sigmar Gabriel jetzt wiederholt. Insofern ist es ihm zwar zugeschrieben, aber nicht in den letzten Tagen erfunden worden.

Zweitens. Wenn jetzt gesagt wird, dass in Nordrhein-Westfalen der Ausgabetrieb stärker als der Sexualtrieb ist und wir gestern doch festgestellt haben, dass wir die niedrigsten Ausgaben aller Länder haben, dann finde ich, dass das eine Beleidigung ist.

(Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU])

– An wen die sich jetzt richtet, weiß ich nicht. Er hat ja nicht genau gesagt, auf wen er das bezieht.

Drittens. Herr Optendrenk sagt, dass die CDU das Land nicht schlechtreden will, um gleichzeitig zu sagen, sie wollten es viel besser machen. Dass Sie es besser machen wollen, ehrt Sie. Das wollen wir auch. Aber Sie machen es damit gleichzeitig geradezu schlecht, auch wenn Sie sagen, dass wir nur kommunikativ ein Geberland sind.

Wir haben oft genug darüber gesprochen. Sie haben den schönen Fußballvergleich gebracht. Wenn die Tore, die das Land schießt, nicht gezählt werden, während die Tore, die hinten reinkommen, ge-

zählt werden, und dann wird man schlecht ein Spiel gewinnen können.

(Zuruf von der CDU)

– Ja, ist klar. Die Umsatzsteuer werden andere zahlen. Das ist ein Eigentor. Es ist wahrscheinlich wirklich wahr. Deswegen sollten wir das auch einstellen. Das ist richtig.

(Zuruf von der CDU)

Ansonsten kann ich nur sagen: Nach dem, was wir jetzt schon wissen, zeigt die Steuerschätzung, dass wir für die Haushalte, die wir vorgelegt haben, auf einem sehr guten Weg sind. Das kann ich Ihnen schon einmal sagen. Was hier schon wieder an Schwarzen Petern verteilt oder an die Wand gemalt wurde – wir werden schon sehen, wie das am Ende aussieht.

Über den Rest haben wir tagelang gesprochen. Gestern hat jeder alles gesagt, selbst ich. Deswegen höre ich jetzt damit auf. Ich glaube, es ist Zeit, dass man jetzt darüber abstimmt und sagt: Dieser Nachtragshaushalt ist richtig. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Finanzminister. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 14.

Wir kommen zur Abstimmung. Da eine Rücküberweisung zur dritten Lesung nicht stattgefunden hat, ist Grundlage der Entscheidung die Empfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses zur zweiten Lesung. Der Ausschuss empfiehlt in Drucksache 16/7180, den Gesetzentwurf Drucksache 16/6700 unverändert anzunehmen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Gesetzentwurf in der dritten Lesung. Das Beratungsverfahren wird damit abgeschlossen. Es handelt sich also um eine Schlussabstimmung gemäß § 76 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung.

Wer also für die Annahme des Gesetzentwurfs gemäß der Beschlussempfehlung des Fachausschusses ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, die Piratenfraktion und der fraktionslose Abgeordnete Stein. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Damit ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Gesetzentwurf** zum Nachtragshaushaltsgesetz 2014 **Drucksache 16/6700** unverändert angenommen und nun auch **in dritter Lesung verabschiedet**.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt

15 Elektromobilität ermöglichen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/4827

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Wirtschaft, Energie, Industrie,
Mittelstand und Handwerk
Drucksache 16/7118

Ich weise darauf hin, dass der Antrag der Fraktion der CDU gemäß § 82 Abs. 2 Buchstabe b unserer Geschäftsordnung vom Plenum an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk überwiesen wurde mit der Maßgabe, dass eine Aussprache und Abstimmung erst nach Vorlage einer Beschlussempfehlung erfolgt. Die Beschlussempfehlung und der Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk liegen nun als Drucksache 16/7118 vor.

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Rednerin erteile ich Frau Kollegin Müller-Witt das Wort.

Elisabeth Müller-Witt (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der CDU-Fraktion war Grundlage einer Anhörung, wie eben dargestellt. Während der Antrag selbst eigentlich überflüssig war – warum, das werde ich im Weiteren noch ausführen –, war die Anhörung sicherlich noch einmal eine gute Gelegenheit, sich intensiver mit dem Thema zu beschäftigen. Insofern diene der zu beratende Antrag als Impuls – nicht mehr und nicht weniger.

Zunächst zum Antrag selbst: Er zeigt, dass die Verfasser es nicht für nötig befunden haben, sich intensiver mit den schon existierenden intensiven Aktivitäten des Wirtschaftsministeriums unseres Landes zu befassen. Er beschreibt einen Zustand, der auf eine Zeit zutrifft, die Jahre zurückliegt.

Wenn Sie sich die Mühe gemacht hätten, sich auf der Homepage des Wirtschaftsministeriums zu informieren, so hätten Sie feststellen können, dass die Landesregierung längst umfangreiche Aktivitäten entfaltet hat, um den Zukunftsmarkt „Elektromobilität“ zu unterstützen. Sie können dort unter anderem nachlesen, dass ElektroMobilität NRW ein Verbund von AutoCluster.NRW, dem Projektträger ETN, der EnergieAgentur.NRW und den NRW-Kompetenzzentren Elektromobilität ist. Es wird also intensiv am Thema gearbeitet. All das ignorieren Sie.

Die Landesregierung erfüllt die Anforderungen, die bei der Anhörung für die Förderung der Elektromobilität in NRW herausgearbeitet wurden. Ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin: